



## *Brief aus Straßburg*

**Dr. Renate Sommer (CDU)**

**Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet**

**Nr. 91 / Juli 2010**

### **Liebe Leserin, lieber Leser,**

die letzte Plenartagung vor der Sommerpause des Europäischen Parlaments hielt noch einmal schwere Kost bereit: Neben dem umstrittenen SWIFT-Abkommen standen z.B. neuartige Lebensmittel und neue Vorgaben zur Finanzmarktregulierung auf der Tagesordnung. Und passend zur Urlaubszeit befassten wir uns mit den Rechten von Passagieren. Viel hoher Besuch war auch dabei: Der spanische Ministerpräsident Zapatero, der belgische Ministerpräsident Letermé und unser neuer Bundespräsident Christian Wulff beehrten uns mit ihrem Besuch.

#### **SWIFT-Abkommen**

Nach harten Verhandlungen mit EU-Kommission und Ministerrat verabschiedete das Europäische Parlament das SWIFT-Abkommen, das den Bankdatenaustausch mit den USA regelt. Zur Erinnerung: Nachdem wir den ersten Entwurf des Abkommens wegen datenschutzrechtlicher Bedenken abgelehnt und Nachverhandlungen gefordert hatten, präsentierte die Kommission im Juni einen neuen Text. Viele der für uns Christdemokraten entscheidenden Eckpunkte fanden Eingang in das neue Abkommen. So muss die übermittelte Datenmenge so klein wie möglich sein und kann nur bei begründetem Verdacht abgerufen werden. Auch dürfen die USA europäische Daten nur nach Einwilligung eines EU-Staates an Dritte weitergeben. Bei jeder Datenauswertung in den USA wird ein EU-Beamter anwesend sein

und den Prozess überwachen. Auch können Bürger sich nun bei der nationalen Datenschutzbehörde über die Weitergabe ihrer Daten informieren und haben ein Beschwerderecht, wenn sie die Gefahr einer missbräuchlichen Verwendung sehen. Zusätzlich kopelten wir die Verabschiedung des Abkommens an die Entwicklung eines europäischen Programms zur Aufspürung verdächtiger Finanzströme. So können wir auf Dauer sicherstellen, dass die Daten unserer Bürger geschützt sind und trotzdem ein effektiver Kampf gegen den internationalen Terrorismus geführt werden kann.

#### **Fahrgastrechte**

Passend zum Beginn der Sommerferien befasste sich das Europäische Parlament mit den Rechten von Passagieren bei Bus- und Schiffsreisen. Nachdem wir bereits für Flug- und Bahnreisende die Qualitätsstandards gestärkt hatten, wollen wir diese jetzt auch für Bus- und Schiffsreisende angleichen. Gerade für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, wie Senioren oder Behinderte, ist dies ein entscheidender Fortschritt. Für den See- und Binnenschiffsverkehr konnte das Parlament mittlerweile eine Einigung mit dem Ministerrat erreichen. Allein die Rechte bei Busreisen sind noch Anlass zur Diskussion. Strittig sind vor allem Fragen der Haftung bei Unfällen sowie Entschädigungen bei Verspätungen oder Annullierungen der Reise und bei Verlust des Gepäcks: Das Parlament will stärkere Entschädigungsrechte für die Reisenden als der Ministerrat. Allerdings

wissen auch wir, dass wir die Leistungsfähigkeit unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen beachten müssen. Wir brauchen also einen "verantwortungsbewussten Spagat" zwischen dem Schutz der Verbraucher und dem Schutz der wirtschaftlichen Existenz der Unternehmer.

### **Europäische Finanzmarktaufsicht**

Der Aufschrei war groß, als 2008 die Finanzmärkte einbrachen und Banken den Notstand ausriefen. Das Ausmaß der Finanzkrise bewegte selbst Gegner staatlicher Einmischung zur Forderung nach einer europäischen Finanzmarktaufsicht. Die europäische Kommission hat daraufhin einen Vorschlag vorgelegt, der die Errichtung eines Systems aus drei Aufsichtsagenturen vorsieht. Europäische Aufseher sollten ab Januar 2011 über Banken, Versicherungen und Wertpapierhändler wachen. Auch ein Frühwarnsystem ist geplant, das vor möglichen Risiken warnt und Handlungsempfehlungen ausspricht. Eigentlich wollte das Europäische Parlament diese Maßnahmen in dieser Plenarwoche gemeinsam mit dem EU-Ministerrat beschließen. Nationale Interessen und die Angst der EU-Mitgliedstaaten vor einem Kompetenzverlust haben einen Kompromiss nun aber vorerst scheitern lassen. Ausgerechnet Deutschland gehört zum Club der Mitgliedstaaten, die die Machtabgabe scheuen. Das Europäische Parlament hat dem Ministerrat deshalb ein Ultimatum zur Kompromissfindung gestellt. Denn nur europaweit tätige Aufseher können das komplexe Geflecht der global tätigen Finanzgeschäfte von Instituten und Banken sinnvoll überwachen. Falls es dennoch zu keinem Kompromiss kommt, werden wir im Herbst in erster Lesung über den Kommissionsvorschlag abstimmen. Der darauf folgende langwierige Gesetzgebungsprozess würde allerdings eine baldige EU-Aufsicht unmöglich machen. Wenigstens konnten wir uns auf strengere Regeln bei Bonuszahlungen für Bankmanager einigen. In Zukunft werden Bonuszahlungen gedeckelt und nur bei langfristigen Erfolg vollständig ausgezahlt. So

können hoch riskante Finanzgeschäfte verhindert werden.

### **Verbot von Klonfleisch**

Klonfleisch kommt auch künftig nicht auf unsere Teller. Das beschloss das Europäische Parlament bei der Überarbeitung der "Novel Food Verordnung" zu neuartigen Lebensmitteln. Damit haben wir uns dem Willen der Kommission und des Ministerrates widersetzt, die die Vermarktung von Klonfleisch zunächst nicht regeln wollten. Dies aber hätte Lebensmittel aus geklontem Fleisch in einen rechtsfreien Raum gestellt. Da in den USA bereits Milch und Fleisch von geklonten Tieren angeboten werden, könnten diese so auch auf unseren EU-Markt gelangen. Dabei gibt es keinerlei Argumente, die für Klonfleisch sprechen. Klonen ist Tierquälerei. Nur ein Bruchteil der Klone ist lebensfähig. Ein Großteil dieser überlebenden Klontiere ist missgebildet und stirbt qualvoll in den ersten Lebenswochen. Außerdem haben wir absolut keinen Mangel an Fleisch aus konventioneller Erzeugung!

Unser Votum ist aber auch ein Signal: Vermehrungstechniken aus der Tierproduktion wurden später immer auch beim Menschen angewendet. Mit unserer Entscheidung haben wir uns bereits jetzt grundsätzlich und eindeutig gegen die Technik des Klonens ausgesprochen!

Ihnen wünsche ich nun eine schöne Sommerzeit - voller Fahrgastreuechte und frei von Banken Krisen! Bis zum nächsten Straßburgbrief im September grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: [renate.sommer@europarl.europa.eu](mailto:renate.sommer@europarl.europa.eu)

[www.renate-sommer.de](http://www.renate-sommer.de)